

**Protokoll des 7. Runden Tisches der hessischen Lesben- und Schwulengruppen
im Hessischen Sozialministerium
am Freitag, den 9. März 2001, 10 bis 13.30 Uhr**

- **Begrüßung, allgemeine Bemerkungen**
- **Bericht des Staatssekretärs Karl-Winfried Seif**
- **Änderungsbedarf im Hessischen Landesrecht**
- **Allgemeine Diskussion**
- **Lebenssituation von älteren Lesben und Schwulen**
- **Verschiedenes**

Begrüßung, allgemeine Bemerkungen

Ulrich Bachmann begrüßt die zahlreich erschienenen Anwesenden. Er berichtet, dass die Abteilung "Jugend, Familie, Seniorinnen und Senioren" neu strukturiert worden sei und er seit Jahresbeginn das Großreferat "Jugend" leite, in dem jetzt auch der Aufgabenbereich "Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen" angesiedelt sei. Er stellt **Barbara Theißen** vor, die seitdem als Sachbearbeiterin für diesen Bereich zuständig ist. Allerdings wechsle sie im April auf eigenen Wunsch ins Jugendamt Frankfurt. **Staatssekretär Karl-Winfried Seif** bedauert dies und sagt zu, zügig für eine Nachfolgerin zu sorgen. (Dies ist inzwischen erfolgt. Nachfolgerin ist **Marianne Schwedler**.) **Herr Bachmann** stellt außerdem **David Profit** vor, der seit Dezember 2000 für den Referatsbereich als Berater tätig ist.

Bericht des Staatssekretärs Karl-Winfried Seif

Staatssekretär Seif nimmt ausführlich Stellung zu den "Irritationen" des Jahres 2000. So sei der im Oktober vorgesehene Runde Tisch auf Grund umfangreicher vordringlicher Arbeiten im Ministerium (Ressort-Umorganisation, Integration des Landesjugendamtes in das Ministerium usw.) ausgefallen. Ablehnungen von Förderanträgen seien auch in Zukunft nicht zu vermeiden, da das Ministerium aus seinem Budget nicht alles, was beantragt wird, fördern könne. Es sei sein mittelfristiger Wunsch, einen Haushaltstitel für Lesben und Schwule einzurichten, was bisher noch nicht gelungen sei. Bei der derzeitigen Förderung durch Toto-Lottomittel sei die Konkurrenz mit anderen Projekten sehr hoch. Er wolle jedoch Anknüpfungspunkte nutzen, um Fördermöglichkeiten anderer Fachbereiche/Fachreferate auszuschöpfen. Außerdem erläutert er ausführlich, wie es zur Abwesenheit des Ministeriums beim Europäischen Symposium "Gewalt gegen Lesben" und bei der Verleihung des Dialogpreises an Ulrich Bachmann und Silvia Eftekhari-Fard im Lesbisch-schwulen Kulturhaus in Frankfurt/Main gekommen sei.

Zum Gesetzentwurf zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft äußerte sich der Staatssekretär wie folgt: Das Gesetzgebungsvorhaben werde von der Hessischen Landesregierung nicht mitgetragen. Jedoch trete die Landesregierung ungeachtet dessen weiterhin für Toleranz ein und wende sich entschieden gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung. Unabhängig vom Gesetzentwurf der Bundesregierung gebe es Diskriminierungen im hessischen Landesrecht, die abgebaut werden müssten. Im übrigen gelte es, sensibilisierend tätig zu werden und für Akzeptanz zu werben. Es sei daher ein Maßnahmenkatalog erarbeitet worden, der rechtlichen Änderungsbedarf und Maßnahmen in folgenden Bereichen aufzeige (s. Anlagen):

- § Recht

- § Diskriminierungsfreies Landesrecht
- § Diskriminierungsfreies kommunales Satzungsrecht
- § Umsetzung der Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften zur Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz in Bezug auf Lesben und Schwule
- § Familie
- § Schule
- § Jugend
- § Hochschule/Wissenschaft
- § Arbeit
- § Gewaltprävention
- § Lesben und Schwule mit Behinderungen
- § Seniorinnen/Senioren.

Das Sozialministerium ziehe sich keineswegs aus der Antidiskriminierungsarbeit zurück, sondern werde diese weiterhin offensiv vertreten.

Staatssekretär Seif berichtet weiterhin über verschiedene Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Lesben- und Schwulenbewegung, etwa mit der Konferenz der hessischen Lesben- und Schwulengruppen und dem Schwulen Landesverband. Dort sei auch darüber gesprochen worden, künftig jährlich zwei größere Veranstaltungen im Ministerium durchzuführen: einen Runden Tisch und einen themenorientierten Fachtag.

Änderungsbedarf im Hessischen Landesrecht

David Profit stellt einen auf Wunsch des Staatssekretärs im Referat erarbeiteten Katalog änderungsbedürftiger Vorschriften des hessischen Landesrechts vor: In mehr als 60 Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften oder Richtlinien lägen Ungleichbehandlungen vor. Änderungsbedarf ergebe sich auch durch die seit dem 27. November 2000 geltende "EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen am Arbeitsplatz", die auch in Hessen umgesetzt werden müsse, und durch das Lebenspartnerschaftsgesetz. Die Recherche lasse sich in folgende Bereiche systematisieren:

- § Regelungen zur Befangenheit
- § Handlungen an Stelle des Partners
- § Zurechnung zum Umfeld des Partners/Berücksichtigung der Partnerschaft
- § Hinterbliebene
- § Datenerhebung
- § Arbeitsbereich/Gehaltszuschläge/Beihilfe.

Positive Beispiele im Recht fänden sich z.B. im

- § Hessischen Datenschutzgesetz: starker Schutz vor Erhebung von Daten auf Grund der Sexualität.
- § Hessischen Gleichberechtigungsgesetz: Es biete Ansätze, die auch für Lesben und Schwule hilfreich sein können, z.B. das Verbot, bei Bewerbungsgesprächen im öffentlichen Dienst nach dem Familienstand zu fragen.
- § Gaststättengesetz: Es dürften keine Lokalverbote gegen einzelne Bevölkerungsgruppen ausgesprochen werden.

Der Katalog von David Profit liegt sowohl in der Kurz- als auch in einer Langfassung (diese zum Download) als **Anlage zum Protokoll** vor.

Allgemeine Diskussion

Breiten Raum in der Diskussion nimmt die Frage der finanziellen Förderung von lesbisch-schwulen Projekten ein. So fragt **Rainer Gütlich** (CSD Frankfurt) nach der Gesamtsumme im Toto/Lotto-Topf und dem für Lesben- und Schwulenprojekte vorgesehenen Anteil.

Staatssekretär Seif erläutert, es gebe keinen festgelegten Anteil, sondern es werde nach Antrag verteilt. Insgesamt umfasse der Toto/Lotto-Topf ca. 600.000 DM.

Michael Wolf (Schwule Hilfe Frankfurt) fragt nach Kriterien für die Förderungswürdigkeit von Projekten und wie man Anträge stellen kann. **Staatssekretär Seif** legt dar, dass der Antragsteller gemeinnützig sein muss. Toto/Lotto-Mittel seien nur für einmalige Förderungen gedacht, nicht als langfristige Fördermaßnahmen. Beträge bis zu 1.000 DM bedürften als Spenden keines Verwendungsnachweises.

Auf die Frage von **Rainer Gütlich**, wieso kein fester Anteil des Lotto-Topfes bestimmt werden könne und wie viel Geld die Projekte erhalten hätten, antwortet **Staatssekretär Seif**, eine Festsetzung sei grundsätzlich nicht möglich. Die Förderungen von Lesben- und Schwuleninitiativen hätten für das Jahr 1999 4.300 DM und für das Jahr 2000 1.500 DM betragen. Im laufenden Jahr 2001 sei zum jetzigen Zeitpunkt schon deutlich mehr gefördert worden als im vergangenen Jahr, was auch daran läge, dass mehr Anträge gestellt worden seien. **Ulrich Bachmann** unterstrich, dass Anträge weiterhin willkommen sind.

Ein weiteres Thema in der Diskussion war die Eingetragene Lebenspartnerschaft. **Rolf Kaster** (VK) fragt nach der Position der Landesregierung bezüglich der zuständigen Behörde für die Eintragung. **Staatssekretär Seif** führt aus, die Hessische Landesregierung sei grundsätzlich gegen die Eingetragene Lebenspartnerschaft, da sie gegen den besonderen Schutz von Ehe und Familie verstoße. Bayern, Thüringen und Sachsen würden vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, Hessen schließe sich der Klage aber nicht an. Im Gesetzestext selbst sei nicht klar vorgegeben, wo die Eingetragene Lebenspartnerschaft vollzogen werden soll. In Hessen sei diesbezüglich noch nichts entschieden worden. Die Frage sei angesichts der politischen Ausgangslage für ein CDU-regiertes Bundesland nicht einfach zu beantworten. Die Position der CDU insgesamt sei nicht eindeutig, da einige Länder Verfassungsklage erheben wollten, andere wiederum nicht. Auf seine persönliche Meinung hierzu käme es nicht an. Eine mögliche Lösung sei es, die Entscheidung über die zuständige Behörde den Kommunen zu überlassen. Federführend in dieser Frage sei das Innen-, nicht das Sozialministerium.

Martin Stiebing (Schwuler Landesverband Hessen) weist darauf hin, dass der Bundesverband der deutschen Standesbeamten sich einmütig dafür ausgesprochen habe, die Lebenspartnerschaft auf dem Standesamt eintragen zu lassen. **Staatssekretär Seif** weist darauf hin, dass es dazu unterschiedliche Meinungen gäbe. **Rolf Kaster** (VK) informiert darüber, der VK habe sämtliche Abgeordnete der CDU und FDP persönlich angeschrieben, um sie für die Standesamtswahl zu sensibilisieren. **Staatssekretär Seif** bittet darum, ihm das Schreiben an die Abgeordneten zukommen zu lassen.

Erich Rossel (LSVD) fragt, inwieweit der Erlass für binationale Paare betroffen sei und ob er nach Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft erhalten bleibe.

Staatssekretär Seif und **Ulrich Bachmann** antworten, dass der Erlass nach wie vor in Kraft sei und sich in der Praxis auch bewähre.

Claudia Gutmann (LIBS) fragt, wie die Arbeit im schulischen Bereich konkret aussehen solle. Staatssekretär Seif stellte fest, dass es zunächst einmal wichtig sei, einen Bedarf zu konstatieren. Seines Wissens habe es in der Vergangenheit bereits eine Zusammenarbeit zwischen dem Referat und dem HELP gegeben. Hierzu ergänzt **Klaus Stehling**, dass die Planung im Referat vorsehe, in nächster Zeit mit dem Landeselternbeirat und dem Landeschülerrat Kontakt aufzunehmen. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe werde derzeit eine Unterrichtseinheit für den Religionsunterricht in der Mittelstufe erarbeitet. Außerdem sei eine Elternbroschüre in Arbeit.

Rolf Kaster (VK) fragt nach der Haltung der Landesregierung hinsichtlich der Übernahme von Pflegeelternschaften durch lesbische und schwule Paare. **Staatssekretär Seif** weist auf ein Gespräch mit der LAG Pflegeeltern hin, das er im Mai führen werde. Dort werde er das Thema ansprechen. **Susanne Thieringer** (KhLS) begrüßt die von **Staatssekretär Seif** vorgestellten Ansätze eines sozialpolitischen Maßnahmenkataloges. Sie misst diesem auch insofern besondere Bedeutung bei, als sie davon ausgeht, dass der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in der Lebenswirklichkeit von Lesben und Schwulen nur eine untergeordnete Rolle zukommen werde.

Lebenssituation von älteren Lesben und Schwulen

Heiko Gerlach stellt sich vor und schlägt vor, angesichts der fortgeschrittenen Zeit das Thema auf den für Herbst vorgesehenen Fachtag zu verlegen; **Susanne Thieringer** unterstützt dies. **Joachim Schönert** (Rosa Lüste) und **Anke Schäfer** (SAFIA) äußern sich enttäuscht über eine Nichtbehandlung des Themas am heutigen Tage. Sie und andere seien nur wegen dieses Themas zur heutigen Veranstaltung gekommen. **Rolf Kaster** bietet an, dass der VK eine größere Veranstaltung zu diesem Thema sponsert. Es schließt sich eine längere Debatte an mit dem Ergebnis, das Thema auf dem Fachtag im Herbst zu behandeln.

Die KhLS erklärt sich bereit, den Fachtag mit vorzubereiten. Als Termin wird **Freitag, der 26. Oktober, 10 bis 16 Uhr** vereinbart.

Verschiedenes

Martin Hartmann (Schwuler Landesverband Hessen) problematisiert in Vertretung der erkrankten Uli Habert, dass die auf dem letzten Runden Tisch vereinbarte Sammlung von Berichten und Informationen aus den Gruppen durch die KhLS nicht erfolgreich war. Zielsetzung sei es gewesen, den Informationsaustausch auf den Runden Tischen zu optimieren. In einer kurzen Diskussion wird deutlich, dass dieses Angebot den Gruppen noch nicht ausreichend bekannt war. Andererseits kritisieren die Gruppen, dass die KhLS zu wenig Informationen herausgebe. Es wird vorgeschlagen, die Adressverteiler von KhLS und Ministerium abzugleichen.

Martin Hartmann stellt die derzeitigen Arbeitsschwerpunkte der KhLS vor: Dem Thema Wahlfamilie habe sich im vergangenen Jahr ein Workshop gewidmet, zum Thema Anti-Gewalt-Arbeit werde eine Themenkonferenz stattfinden.

Im Schwulen Landesverband stünden Anfang April Vorstandswahlen an - wie immer seien alle Mitgliedsgruppen aufgerufen, Kandidaten zu benennen. Erfreulich entwickle sich aus seiner Sicht die Zusammenarbeit mit hessisch lesbisch im Rahmen der KhLS. Weniger erfreulich sei, dass der CSD in Fulda unter Finanzierungsschwierigkeiten leide; es sei wahrscheinlich, dass er in diesem Jahr nicht stattfinde.

Reinhard Thole stellt den in Hessen neu gegründeten Landesverband der Lesben und Schwule in der Union (LSU) vor. Er bietet allen Gruppen die Kooperation des Verbandes an.

Abschließend dankt Ulrich Bachmann allen Anwesenden für die Teilnahme und schließt die Veranstaltung.

Wiesbaden, im Mai 2001

Protokoll: Constance Ohms, David Profit